

LebensWerte Kommune | Ausgabe 4 | 2022

Kommunalbefragung Open Data 2022

Tobias Bürger, Mario Wiedemann, Christian Raffer

BertelsmannStiftung



Inhalt

1. Einleitung 4

2. Mehr Chancen, weniger Risiken 5

3. Mehr offene Daten in den Kommunen 8

4. Aufbau einer Dateninfrastruktur 11

5. Veröffentlichung von Open Data 12

6. Bedeutung offener Daten für die kommunale Entwicklung vor Ort 15

7. Handlungsempfehlungen 16

8. Methodensteckbrief 18

9. Bereitstellung der Umfrageergebnisse als Open Data 19

Literaturverzeichnis 19

Mission 21

Ausblick 21

Impressum 22

1. Einleitung

Städte und Gemeinden sind Zentren gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Wandels. In ihnen werden neue Beteiligungsformate und innovative Wirtschaftsmodelle erprobt. Gleichzeitig sind Kommunen Kristallisationspunkte globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Coronapandemie oder dem Krieg in der Ukraine. Ein unerlässliches Mittel zur versierten Planung und Steuerung im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge sind Daten, denn sie unterstützen bei der Bewertung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Lage. Eine zunehmend wichtige Rolle kommt öffentlich verfügbaren Daten zu. Mögliche Mehrwerte von Open Data sind etwa die Herstellung von Transparenz, eine stärkere Beteiligung von Bürger:innen vor Ort oder der bessere Austausch zwischen den Ämtern. Diese werden jedoch häufig nicht realisiert, denn noch immer sind viele kommunale Daten, die öffentlich bereitgestellt werden könnten, nicht öffentlich zugänglich.

Die Vorteile offener Daten werden aber in Kommunen immer häufiger als Chance gesehen. Als offene Daten bzw. Open Data werden prinzipiell Daten bezeichnet, die ohne Einschränkungen genutzt, wiederverwendet und verteilt werden können (International Open Data Charter 2015). Offene Daten können in Städten und Gemeinden Teil einer umfassenderen Open-Government-Strategie sein und damit einen Beitrag zu besserem Regierungshandeln leisten. Außerdem können sie die Grundlage bilden für die Entwicklung innovativer Lösungen in der Wirtschaft (Ksoll, Schildhauer und Beck 2017; Laumer 2021).

Die Europäische Union hat die Reglementierung und dadurch avisierte stärkere Nutzbarmachung von (offenen) Daten in den vergangenen Jahren verstärkt im Rahmen ihrer umfassenden Daten-Strategieentwicklung und verschiedener Gesetzgebungen vorangetrieben (European Data Portal 2021). Ein wichtiger Schritt hierbei war die Novellierung der Public-Sector-Information-Richtlinie 2019/1024 (PSI-Richtlinie), durch die das bestehende nationale Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG) im Juli 2021 durch das Datennutzungsgesetz (DNG) ersetzt wurde. Auch die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung will die Bereitstellung von Open Data forcieren, etwa durch einen Rechtsanspruch auf offene Daten und die Schaffung eines Dateninstituts (Bundesregierung 2021).

Obwohl die Anzahl der Kommunen, die offene Daten bereitstellen, in den vergangenen Jahren gewachsen ist, stellen immer noch verhältnismäßig wenige Kommunen Open Data zur Verfügung (Bertelsmann Stiftung et al. 2022). Zum jetzigen Zeitpunkt stellen sich daher Fragen nach dem aktuellen Stand der Bereitstellung offener Daten in Kommunen: Was sind Hürden bei der Bereitstellung? Was sind unterstützende Maßnahmen und was können Kommunen jetzt tun?

Diese Studie baut auf den Erkenntnissen der ersten kommunalen Befragung zur Bereitstellung von Open Data aus dem Jahr 2020 (Bürger und Hoch 2020) auf. Sie wurde im Mai 2022 vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erneut durchgeführt. Entsprechend der Vorgängerstudie wurden auch dieses Mal wieder alle Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner:innen zur Teilnahme aufgerufen. Während im Jahr 2020 jedoch lediglich eine (zufällig ausgewählte) Hälfte der Kommunen zwischen 10.000 und 20.000 Einwohner:innen befragt worden war, wurden nun alle Kommunen dieser Größenklasse zur Teilnahme aufgefordert. Entsprechend ist der absolute Rücklauf größer und kleinere Kommunen sind nun stärker im Sample repräsentiert als noch 2020. Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen (siehe auch: Methodensteckbrief).

2. Mehr Chancen, weniger Risiken

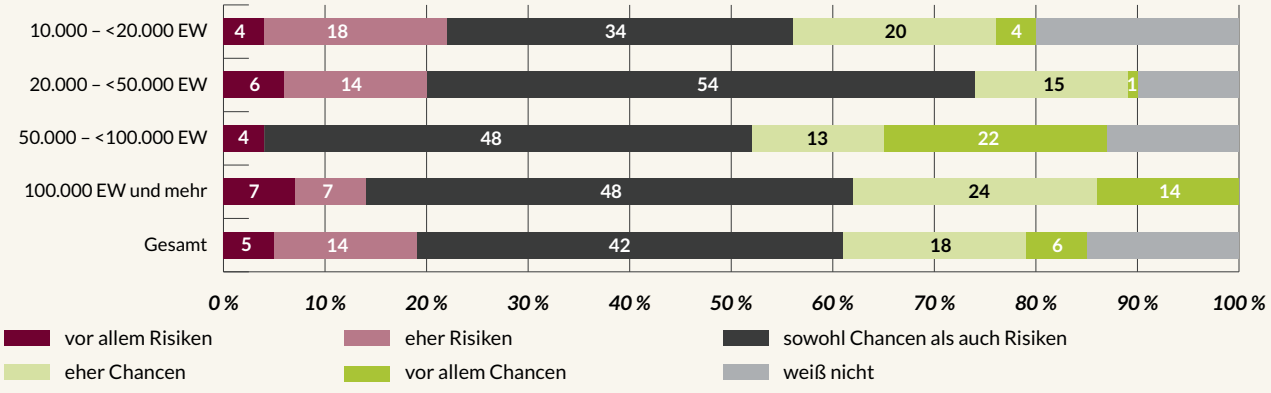
Die Öffnung des kommunalen Datenbestands wird in knapp einem Viertel der Kommunen (24 Prozent als Summe der Antwortkategorien „eher/vor allem Chancen“) mit Chancen verbunden (Abbildung 1). Dies erscheint gering, ist aber im Vergleich zur Befragung vor zwei Jahren (14 Prozent) ein deutlicher Anstieg, der über alle Größenklassen hinweg deutlich ausgeprägt ist. Gleichzeitig ist die Zuschreibung von Risiken von 26 auf 19 Prozent (als Summe der Kategorien „eher/vor allem Risiken“) gesunken. Vor allem Groß- und Mittelstädte[1] verbinden mit Open Data im Vergleich zu 2020 wesentlich seltener Risiken. Der Anteil der Städte, die Chancen sehen, hat sich in diesen beiden Stadtgrößenklassen jeweils mehr als verdoppelt. In Kleinstädten ist der Anteil der Befragten, die mit offenen Daten Chancen verbinden, kaum merklich gestiegen. Über alle Größenklassen hinweg sehen sowohl 2020 als auch 2022 zwischen einem Drittel und der Hälfte aller antwortenden Kommunen sowohl Chancen als auch Risiken; eine generelle Verschiebung hin zur Zuschreibung von Chancen ist aber erkennbar.

Im Besonderen werden die verbesserte Information und Beteiligung der Bürger:innen sowie der vereinfachte Austausch zwischen Ämtern sowie zwischen Ämtern und kommunalen Unternehmen als großer Mehrwert genannt (Abbildung 2). Unterschiede gibt es entlang der Stadtgrößenklassen. So wird etwa der verbesserte Austausch mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Großstädten häufiger als Mehrwert wahrgenommen als in großen Kleinstädten (10.000 – 20.000 EW). Die Entwicklung neuer Anwendungen und Geschäftsmodelle wird in den kleineren Stadtgrößenklassen als weniger relevanter Mehrwert wahrgenommen.

In den vergangenen zwei Jahren sahen sich Kommunen mit großen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählen die Coronapandemie, die hohe Zahl Geflüchteter infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, die explodierenden Strom- und Gaspreise, aber auch langfristige Herausforderungen wie der Klimawandel und der demographische Wandel. Die befragten Städte haben erkannt, dass offene Daten einen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten können.

1 Als Großstädte werden in dieser Studie Städte mit mehr als 100.000 Einwohner:innen (EW) bezeichnet, große Mittelstädte mit 50.000 – 100.000 EW, kleine Mittelstädte von 20.000 bis 50.000 EW und große Kleinstädte von 10.000 – 20.000 EW.

ABBILDUNG 1 **Werden mit der Öffnung der Datenbestände in ihrer Kommunalverwaltung eher Chancen oder Risiken verbunden? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N=276.

BertelsmannStiftung

DREI BEST PRACTICES FÜR DIE NUTZUNG VON OPEN DATA

Mobilität: Stadtnavi und bbnavi

Wie komme ich mit dem öffentlichen Personennahverkehr am besten von A nach B? Welche Verkehrsmittelkombination hilft mir dabei? Das Stadtnavi aus dem baden-württembergischen Herrenberg, das auf der Software digitransit aus Finnland aufbaut, ist eine Open-Source-Anwendung, die auf Basis offener Nahverkehrsdaten solche Fragen beantwortet. Neben dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden auch Sharingdienste oder Mitfahrangebote integriert. Offene Fahrplandaten unter freier Lizenz und andere offene, verkehrsbezogene Daten machen den Weg frei, um allen die Entwicklung spannender neuer Mobilitätsanwendungen zu ermöglichen. Das Stadtnavi wurde mittlerweile auch in Brandenburg in Form des bbnavi adaptiert.
Mehr Infos unter: stadtnavi.de und bbnavi.de

Tourismus: Deutsche Zentrale für Tourismus (Open Data und Knowledge Graph im Tourismus)

Die Auffindbarkeit im Internet ist für Anbieter in der Tourismusindustrie ein entscheidender Faktor. Dabei sollte sich das Informationsangebot nicht nur auf die eigene Website beschränken. Informationen über Hotels oder Sehenswürdigkeiten werden über verschiedene Kanäle abgerufen und individuell zusammengestellt. Die Deutsche Zentrale für Tourismus hat sich mit ihrem Open-Data-Projekt zum Ziel gesetzt, Daten aus dem Tourismus einheitlich zusammenzuführen und in einer einheitlichen Struktur auffindbar und lesbar zu machen. Auf diese Weise soll bis Ende des Jahres 2022 ein Knowledge Graph für den Tourismusstandort Deutschland entstehen, der die Grundlage dafür schafft, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Tourismusindustrie genutzt werden können und das vielfältige Tourismusangebot in Deutschland für alle auffindbar ist.
Mehr Infos unter: open-data-germany.org

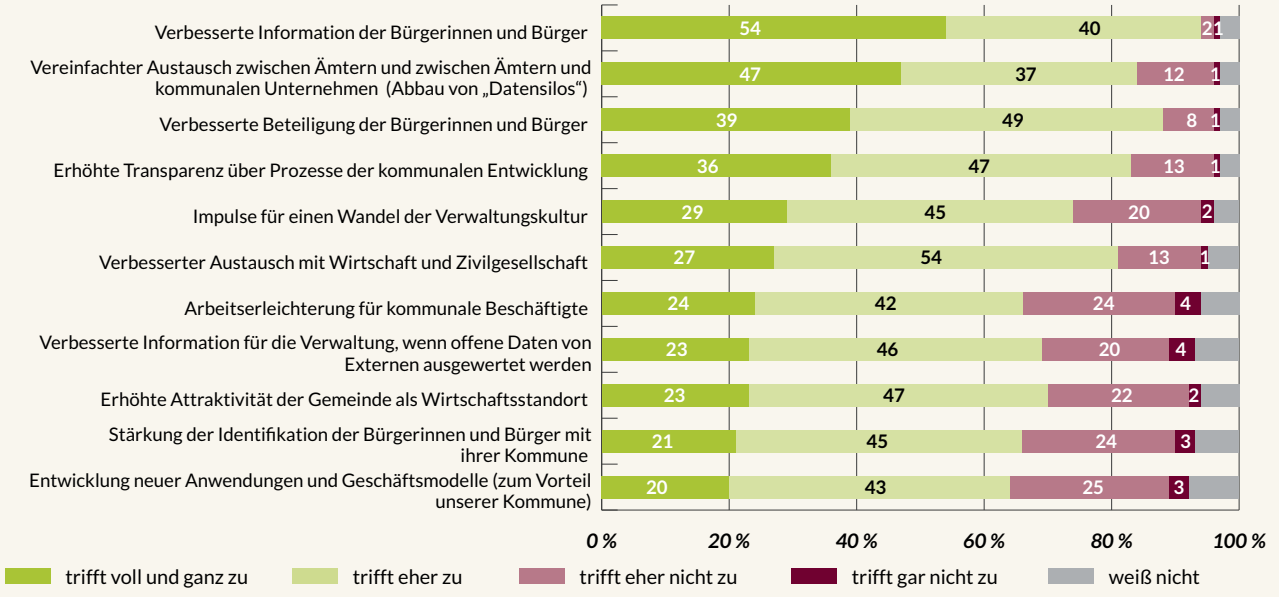
Verwaltung

Offene Daten haben nicht nur das Potenzial, außerhalb der Verwaltung sinnvoll eingesetzt zu werden. Ihr Nutzen ist auch innerhalb der Verwaltung gegeben. Der London Datastore wurde 2010 veröffentlicht und ist ein großes Open-Data-Portal für die 33 Bezirke Londons. Eine Umfrage unter den Nutzer:innen des Portals hat schon 2018 ergeben, dass die meisten von ihnen aus der kommunalen Verwaltung Londons kommen. Open Data erzeugt somit nicht nur Transparenz nach außen, sondern baut auch Datensilos innerhalb der Verwaltung ab. Auch die vorliegenden Ergebnisse der Open-Data-Befragung in Kommunen zeigen, dass neben der verbesserten Information und Partizipation der Bürger:innen der größte Nutzen in einem vereinfachten Datenaustausch innerhalb der Verwaltung gesehen wird (Abbildung 2).

Den größten Mehrwert von Open Data bei der Lösung dieser teils globalen Herausforderungen sieht etwa ein Drittel der befragten Kommunen in der Unterstützung der digitalen Transformation von Verwaltung und Stadt (Abbildung 3). Etwa jede fünfte Kommune sieht einen Mehrwert in der Unterstützung der Mobilitätswende, aber nur jede zehnte Kommune erkennt eine Stärkung demokratischer Teilhabe.

Der Wert kommunaler Daten kann demnach aus Sicht der Kommunen vielseitig sein. Ob im Rahmen der digitalen Transformation als Zugpferd der Modernisierung der Verwaltung, der Unterstützung der Mobilitätswende vor Ort oder der Verbesserung der Information und Beteiligung von Bürger:innen. Doch zur Realisierung dieses Potenzials braucht es Investition in die eigenen Open-Data-Strukturen. Wie die Ergebnisse

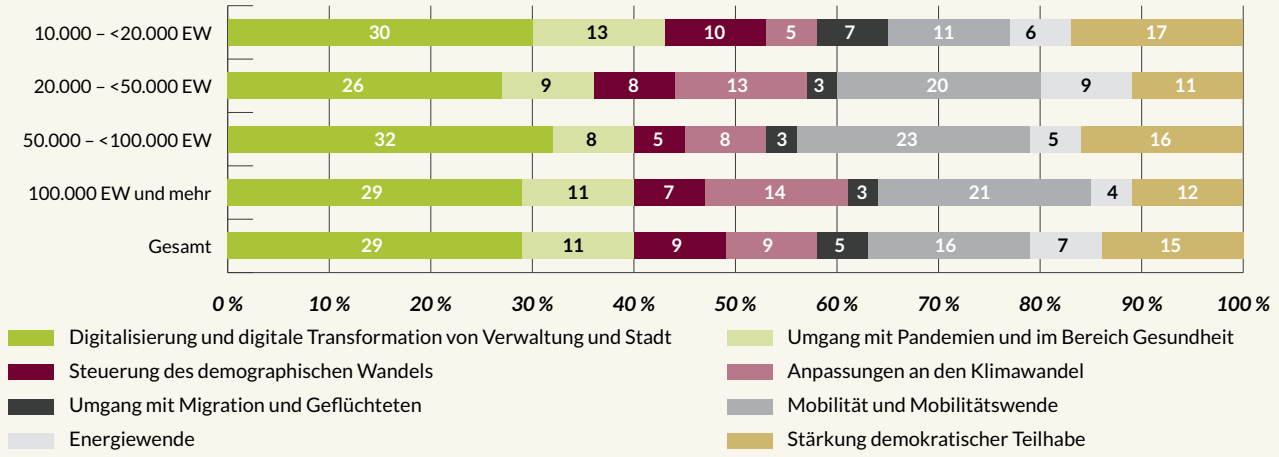
ABBILDUNG 2 **Welchen Mehrwert schreiben Sie offenen Verwaltungsdaten grundsätzlich zu? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N schwankt je nach Antwort-Item zwischen 257 und 267.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 3 **Kommunen und Städte stehen vor großen Herausforderungen. Können offene Verwaltungsdaten Ihrer Meinung nach in einem der genannten Themen in Ihrer Kommune einen Mehrwert bieten? (max. 3 Nennungen, in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, Prozentwerte basieren auf 663 Antworten, Mehrfachnennungen waren möglich.

BertelsmannStiftung

der Studie zeigen (siehe Abbildung 13), benötigen Kommunen für die Umsetzung von Open Data teils sehr unterschiedliche Unterstützungsangebote. Die zielgerichtete und bedarfsorientierte Förderung und Weiterentwicklung von Open Data in den Kommunen ist deshalb ein wichtiger Schritt.

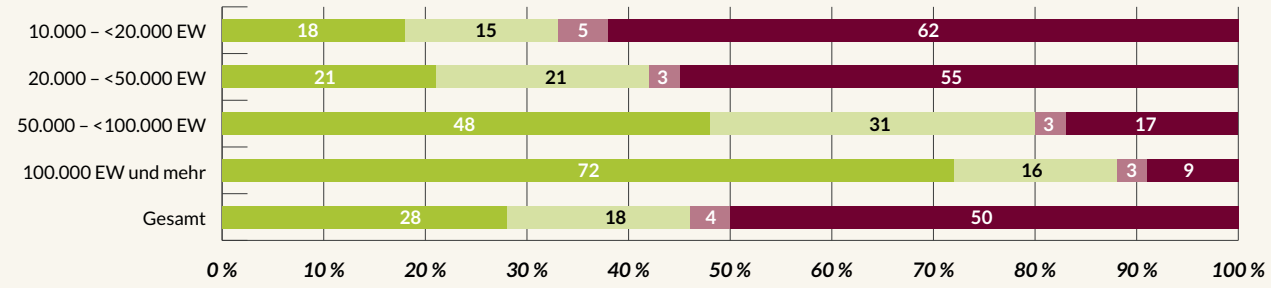
3. Mehr offene Daten in den Kommunen

Der Anteil der Kommunen, die aktuell und auch in Zukunft definitiv keine offenen Daten bereitstellen möchten, liegt in der aktuellen Befragung nur bei vier Prozent (Abbildung 4). Zugleich gibt rund die Hälfte der Kommunen an, dass sie keine offenen Daten zur Verfügung stellen und sich bislang auch noch nicht mit dem Thema beschäftigt haben. Vielerorts stand das Thema somit noch gar nicht zur Diskussion. Im Vergleich dazu beinhaltete die Vorgängerbefragung lediglich die Antwortoption „Wir stellen gegenwärtig keine offenen Daten zur Verfügung und verfolgen auch keine Maßnahmen in diese Richtung.“, was damals 35 Prozent der Antwortenden bejahten. Die veränderte Fragengestaltung führt dazu, dass die Ergebnisse der beiden Jahre in diesem Punkt nicht uneingeschränkt vergleichbar sind. Sie liefern allerdings ein Indiz dafür, dass der Anteil der Kommunen nach wie vor hoch ist, die keine offenen Daten zur Verfügung stellen.

Zwar stellt noch immer die Hälfte der Kommunen keine offenen Daten zur Verfügung, die Bereitstellung ist allerdings stark von der Größe einer Kommune abhängig. Je größer eine Kommune ist, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass dort offene Daten bereitgestellt werden. Eine Entwicklung lässt sich an den einzelnen Größenklassen nachvollziehen. Rund die Hälfte der befragten großen Mittelstädte (50.000–100.000 EW) stellt nun offene Daten bereit, 2020 war es nur etwa ein Drittel.

Auch wenn Kommunen bislang keine offenen Daten bereitstellen, ist dies nicht mit prinzipieller Ablehnung gleichzusetzen. Mehr als die Hälfte der Kommunen, die keine Open Data anbieten und sich bislang noch nicht mit dem Thema beschäftigt haben, konnten dies entweder aufgrund mangelnder personeller Kapazitäten (89 Prozent) noch nicht tun oder es wurde intern noch nicht diskutiert (85 Pro-

ABBILDUNG 4 **Wie würden Sie den aktuellen Stand der Bereitstellung offener Daten in Ihrer Kommune beschreiben? (in Prozent)**



Offene Daten stellen wir bereits zur Verfügung.

Wir stellen gegenwärtig noch keine offenen Daten zur Verfügung, haben aber bereits Maßnahmen zur Öffnung der Datenbestände ergriffen (z. B. Planung von finanziellen Bedarfen, politische Beschlüsse, erste organisatorische Maßnahmen).

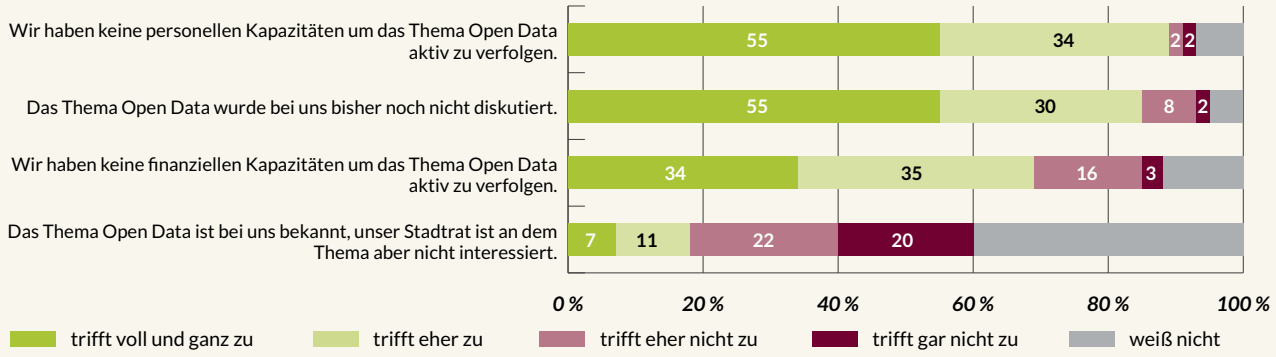
Wir haben uns mit dem Thema beschäftigt, uns aber dagegen entschieden, offene Daten zur Verfügung zu stellen (und planen das auch zukünftig nicht).

Wir stellen gegenwärtig keine offenen Daten zur Verfügung, haben uns aber bislang auch noch nicht mit dem Thema beschäftigt.

Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N=298.

BertelsmannStiftung

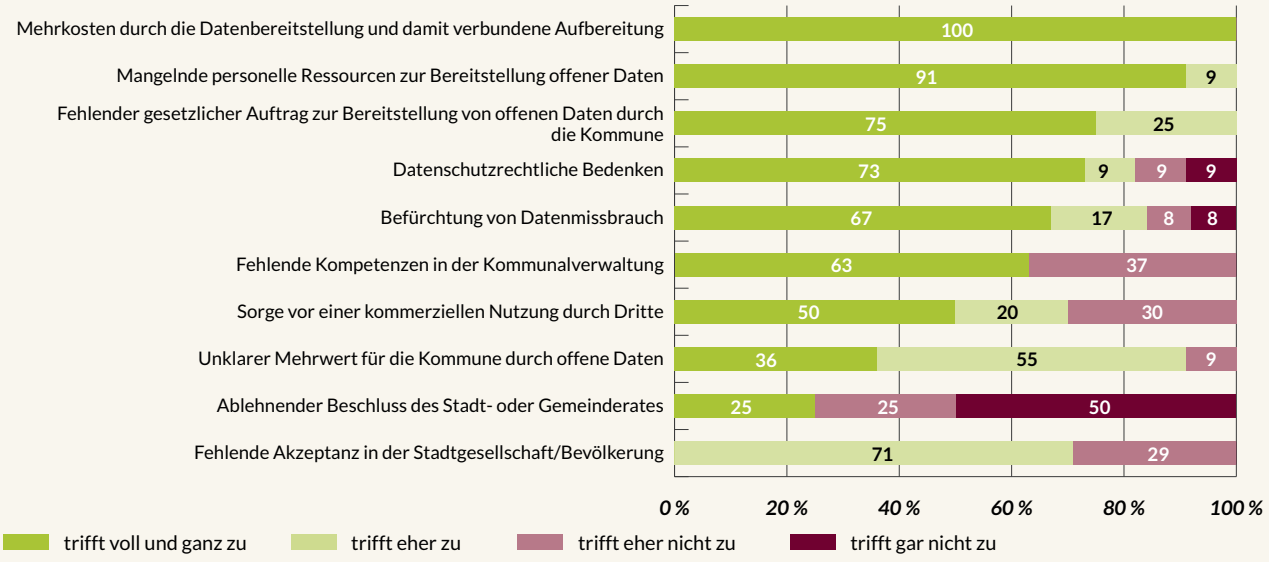
ABBILDUNG 5 **Warum haben Sie sich in Ihrer Kommune noch nicht mit dem Thema offene Daten beschäftigt? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N schwankt je nach Antwort-Item zwischen 116 und 145, die Frage konnte nur von den 149 Kommunen beantwortet werden, die zuvor angegeben hatten, sich bislang noch nicht mit dem Thema beschäftigt zu haben (siehe Abbildung 4).

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 6 **Welche Argumente waren für die Entscheidung leitend, in Ihrer Kommune keine offenen Daten bereitzustellen? (in Prozent)**



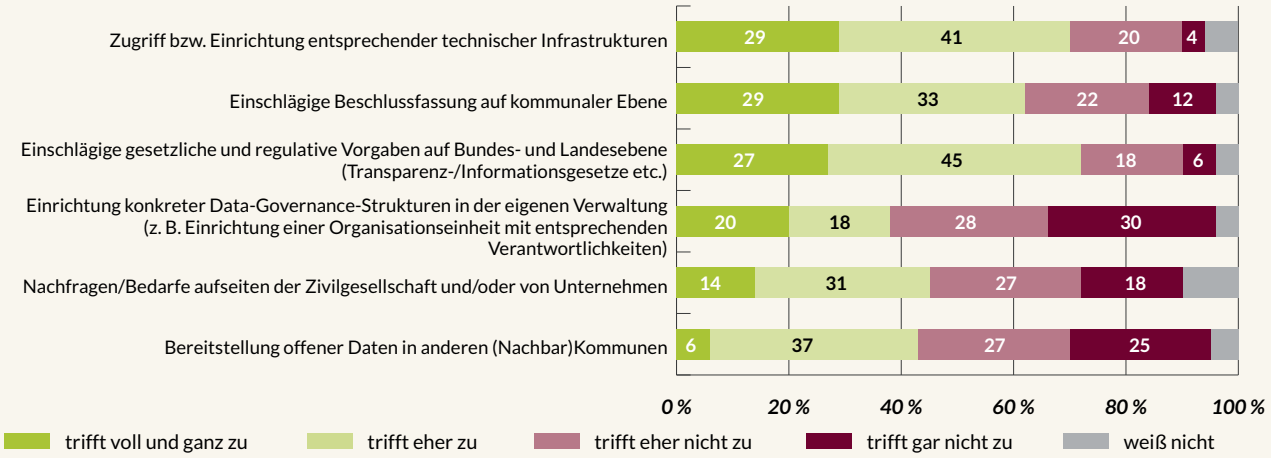
Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen schwanken je nach Antwort-Item zwischen 4 und 12. Diese Frage konnte nur von den 12 Kommunen beantwortet werden, die zuvor angegeben hatten, sich trotz einer Beschäftigung mit dem Thema aktiv gegen eine Bereitstellung offener Daten entschieden zu haben (Abbildung 4).

BertelsmannStiftung

zent) (Abbildung 5). Das betrifft besonders Kleinstädte. Hier war das Thema schlicht und ergreifend häufig noch nicht Gegenstand der Debatte.

Das wichtigste Argument der antwortenden Kommunen, die sich bewusst gegen die Bereitstellung von Open Data entschieden haben, sind die

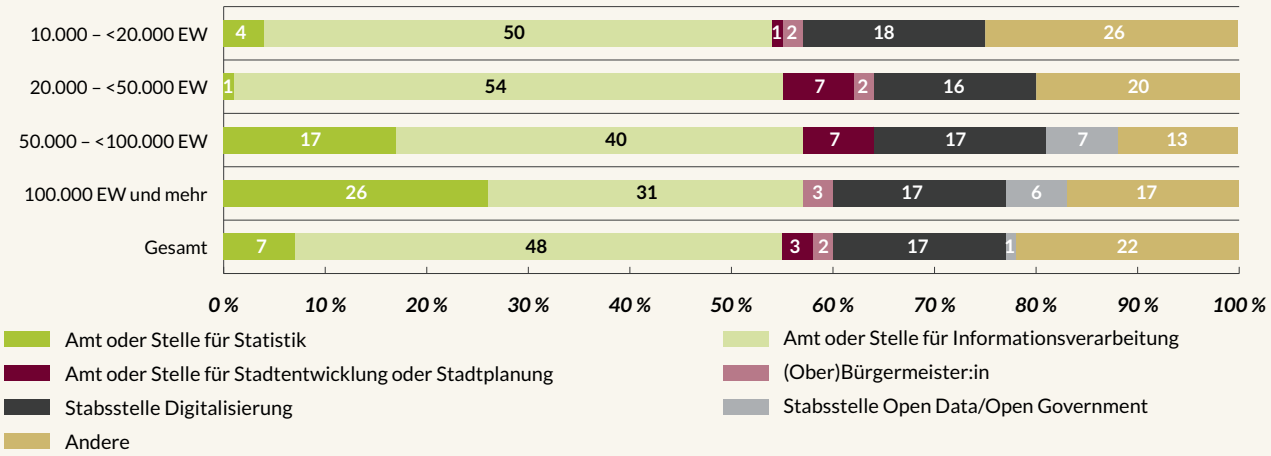
ABBILDUNG 7 **Welche Aspekte waren auf dem Weg zum heutigen Stand der Bereitstellung und Nutzung von Open Data in Ihrer Kommune wichtig? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N schwankt je nach Antwort-Item zwischen 49 und 51. Diese Frage konnte nur von den 54 Kommunen beantwortet werden, die zuvor angegeben hatten, erste Schritte zur Bereitstellung offener Daten unternommen zu haben (siehe Abbildung 4).

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 8 **In welchem Bereich der Stadtverwaltung sind Sie tätig? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N=317.

BertelsmannStiftung

damit verbunden Mehrkosten für die Bereitstellung und Aufbereitung (Abbildung 6). Aber auch fehlende personelle Ressourcen, ein fehlender gesetzlicher Auftrag und datenschutzrechtliche Bedenken zählen zu den Gründen, die aktuell zu einer Ablehnung führen.

Demgegenüber können verschiedene Aspekte als Beschleuniger für Open Data wirken, wie etwa die technische Eignung der Organisation, wozu unter anderem eine angemessene IT-Infrastruktur zählt (Wang und Lo 2016). Dass sich heute mehr Kommunen auf den Weg machen liegt, insbesondere

an den gesetzlichen und regulativen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene sowie der kommunalen Ebene als auch an einer mittlerweile besseren Verfügbarkeit der notwendigen technischen Infrastruktur (Abbildung 7). Eine geringere Relevanz haben die Einrichtung von Data-Governance-Strukturen in der Verwaltung und Nachfragen seitens der Zivilgesellschaft.

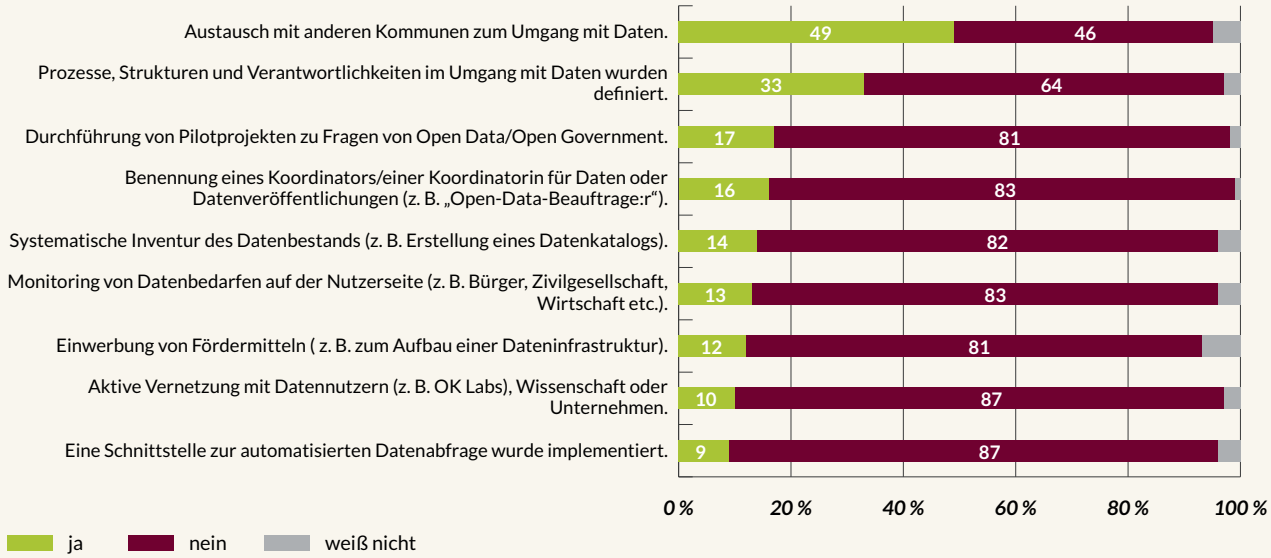
Bei Großstädten zeigt sich ein Professionalisierungstrend: Größere Städte haben die systematische Bereitstellung von Open Data in den vergangenen Jahren stärker vorangetrieben. Erkennbar wird das beispielsweise daran, dass Open Data in Großstädten teilweise in einer eigenen Stabsstelle Open Data/Open Government angesiedelt ist (Abbildung 8). In Klein- und Mittelstädten wird das Thema teilweise in der Stabsstelle Digitalisierung bearbeitet, zumeist jedoch in der Stelle für Informationsverarbeitung. Knapp ein Fünftel der Kommunen behandelt das Thema in der Stabsstelle Digitalisierung. Eine Verortung des Themas bei dem/der (Ober) Bürgermeister:in bildet die Ausnahme.

4. Aufbau einer Dateninfrastruktur

Der vorangegangene Abschnitt hat gezeigt, dass die kommunale Beschlussfassung sowie gesetzliche und regulative Vorgaben den rechtlichen und organisatorischen Rahmen für Open Data setzen und der Zugriff auf eine angemessene technische Infrastruktur aktuell der wichtigste Treiber für die Bereitstellung und Nutzung offener Daten ist. Gleichzeitig verfolgen bislang jedoch nur wenige Kommunen umfangreiche Maßnahmen für den Aufbau einer Dateninfrastruktur (Abbildung 9).

Ein genauerer Blick auf die Befragungsergebnisse zeigt: Gerade in kleineren Städten werden häufig weniger Maßnahmen verfolgt. Wichtig für etwa die Hälfte der befragten Städte ist der gemeinsame Austausch mit anderen Kommunen zu diesem Thema. Bei den Großstädten sind es sogar 81 Prozent. Gerade größere Städte führen Open-Data-

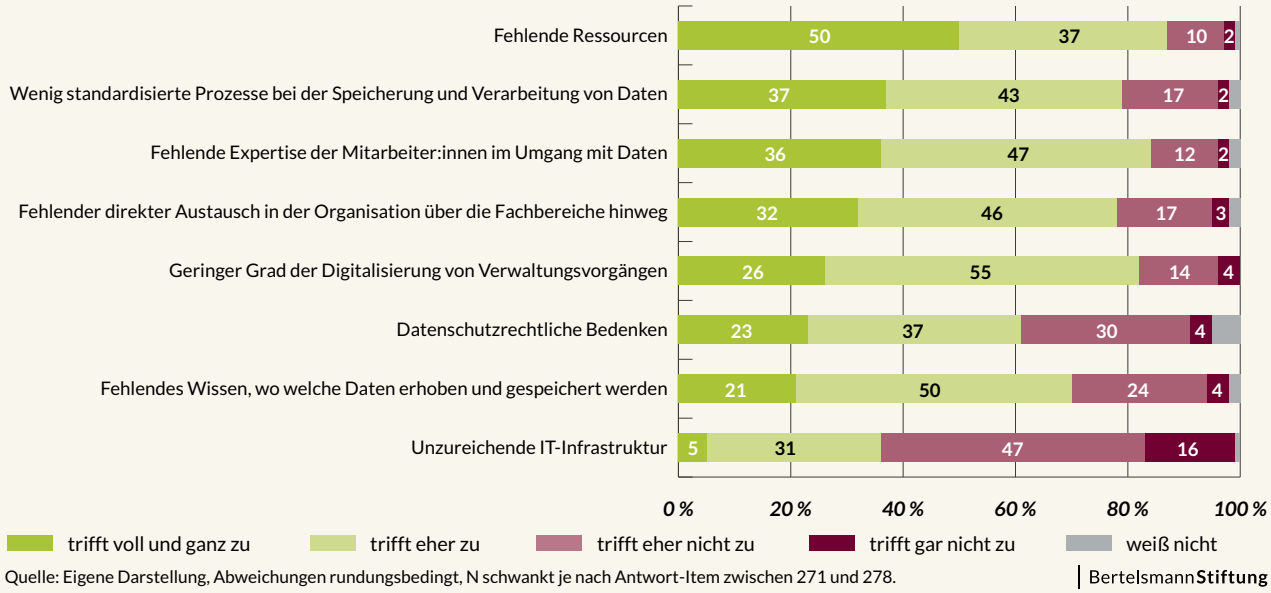
ABBILDUNG 9 **Welche Maßnahmen zum Aufbau einer Dateninfrastruktur werden in Ihrer Kommune bereits verfolgt? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N schwankt je nach Antwort-Item zwischen 276 und 285.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 10 **Mit welchen Herausforderungen sehen Sie sich in Ihrer Kommune bei der Beschaffung und internen Weitergabe von Daten konfrontiert? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N schwankt je nach Antwort-Item zwischen 271 und 278.

BertelsmannStiftung

Pilotprojekte durch, um Erfahrungen im Umgang mit Daten zu sammeln, während sich kleinere Kommunen aktuell noch häufiger mit der Definition von Prozessen und Zuständigkeiten befassen.

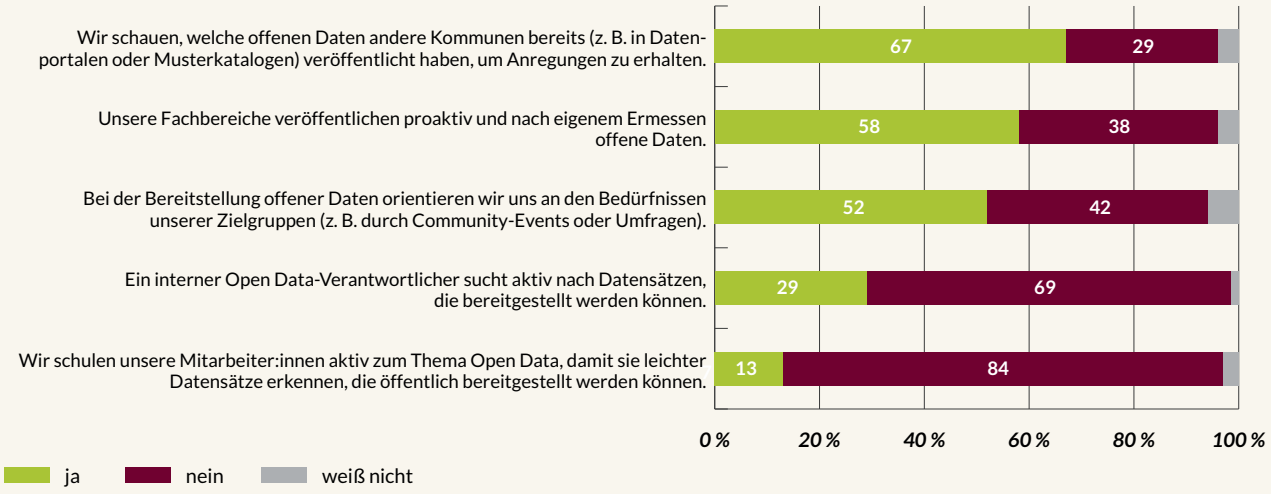
Kommunen sehen sich bei der Umsetzung der Maßnahmen mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Fehlende Ressourcen, nicht ausreichende Expertise der Mitarbeiter:innen im Umgang mit offenen Daten und der geringe Grad der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen stellen für Kommunen aktuell die größten Herausforderungen bei der Beschaffung und internen Weitergabe von Daten dar (Abbildung 10).

Die kommunalen Herausforderungen im Zusammenhang mit Open Data stehen in zwei Fällen signifikant im Zusammenhang mit der Größe einer Kommune. In Großstädten werden wenig standardisierte Prozesse bei der Speicherung und Verarbeitung von Daten und der fehlende direkte Austausch über Fachbereiche hinweg als größere Herausforderung wahrgenommen als in großen Kleinstädten. Überwiegend nicht als Herausforderung wahrgenommen wird von den hier befragten Kommunen einzig die unzureichende IT-Infrastruktur. Fehlende Ressourcen scheinen aktuell die insgesamt größte Herausforderung zu sein, gefolgt von wenig standardisierten Prozessen bei der Speicherung und Verarbeitung von Daten.

5. Veröffentlichung von Open Data

Sobald eine hinreichende Dateninfrastruktur gegeben ist, stellt sich die Frage danach, wie Daten für die Bereitstellung identifiziert werden können. Hierbei bietet sich eine Ausrichtung an den Bedürfnissen der potenziellen Nutzergruppen an, denn häufig sind neben der eigenen Verwaltung weitere Anspruchsgruppen wie Bürger:innen, Wissenschaft, Wirtschaft oder Journalist:innen an den Daten und deren Nutzung interessiert (Weerakkody et al. 2017; Lassinantti, Ståhlbröst und Runardotter 2019). Ein geeignetes Werkzeug bereits in

ABBILDUNG 11 **Wie werden in Ihrer Kommune Potenziale für die Bereitstellung offener Datensätze identifiziert? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N schwankt je nach Antwort-Item zwischen 66 und 76. Die Frage konnte nur von Kommunen beantwortet werden, die zuvor angegeben hatten, bereits offene Daten zur Verfügung zu stellen (siehe Abbildung 4).

BertelsmannStiftung

einer frühen Phase der Konzeption sind hierfür interne und externe Screenings, bei denen mit kommunalen Mitarbeiter:innen und externen Stakeholdern die Bereitstellung besonders relevanter Daten als offene Daten priorisiert werden kann (Krabina 2020).

Für die Identifikation geeigneter Daten zur Veröffentlichung nutzen Kommunen hauptsächlich Anregungen aus anderen Datenportalen oder Musterkatalogen – ein Trend, der sich seit der letzten Befragung fortsetzt (Abbildung 11). Besonders stark gestiegen ist die Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppe (+17 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020), was für den stärkeren Dialog mit Interessengruppen spricht. Immer noch selten eingesetzt wird das Mittel der Schulung von Mitarbeiter:innen, um geeignete Datensätze zu erkennen. Gleichzeitig zeigt eine Befragung aus dem Jahr 2022 unter 239 kommunalen Mitarbeiter:innen im Raum Düsseldorf (Braun, Nguyen und Frieß 2022), dass insbesondere die Schulung und Fortbildung unter den Mitarbeiter:innen auf starkes Interesse stoßen, denn offene Daten müssen entsprechend aufbereitet und die Metadaten angemessen beschrieben werden, damit sie von Dritten effektiv gefunden und genutzt werden können – auch hierfür sind geschulte Mitarbeiter:innen unabdingbar (Wenige et al. 2021).

Die eigentliche Veröffentlichung der Daten kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. In den letzten Jahren haben sich diverse Modelle entwickelt, die sich jeweils individuell auf die kommunalen Bedürfnisse anpassen lassen. Eine kostengünstige Lösung stellt der Download über die eigene Website dar. Für Städte mit gut aufbereiteten und eventuell auch dynamisch generierten Daten bieten sich Open-Data-Portallösungen an.

Bei den hier befragten Kommunen werden offene Daten kaum in eigenen Open-Data-Portalen zur Verfügung gestellt (Abbildung 12). Diese existieren gemäß der Antworten aus der aktuellen Befragung zumeist nur in Großstädten, während überregionale Datenportale vor allem in großen Mittelstädten eingesetzt werden, aber auch Anklang in den kleineren Stadtgrößenklassen finden. Gerade in kleineren Städten werden Daten bisher größten-

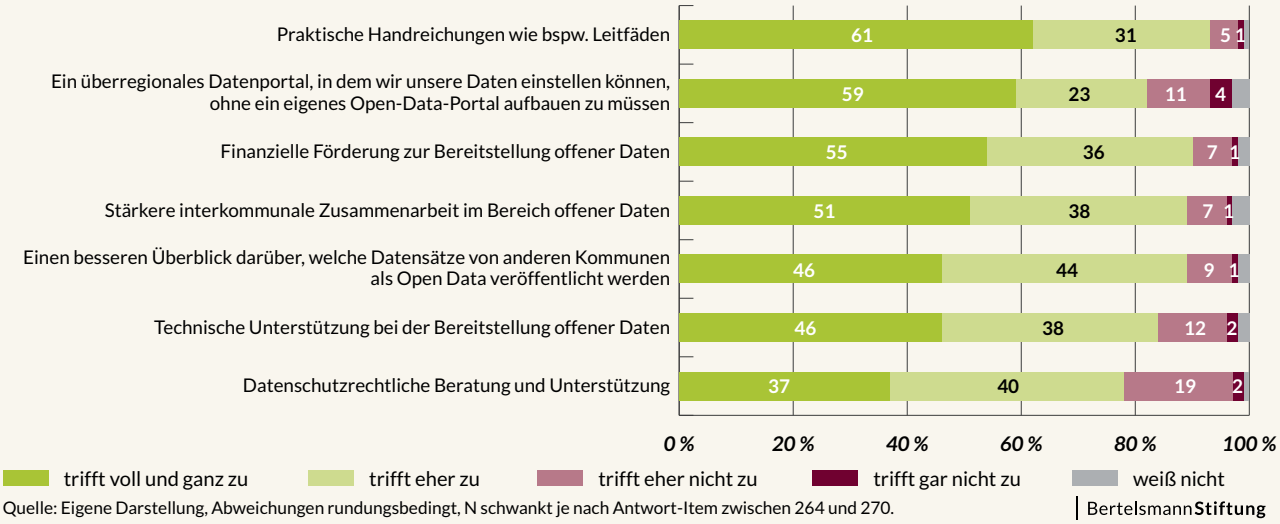
ABBILDUNG 12 **Auf welche Art und Weise stellt Ihre Kommune offene Daten zur Verfügung?**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N=251.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 13 **Welche Art der Unterstützung wünschen Sie sich bei der Konzeption und Umsetzung von Open Data in Ihrer Kommune? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N schwankt je nach Antwort-Item zwischen 264 und 270.

BertelsmannStiftung

teils über die kommunale Website und auf Nachfrage bereitgestellt. Das zeitliche Intervall für die Bereitstellung neuer Daten ist im Schnitt eher breit. Knapp zwei Drittel der Kommunen stellen Daten seltener als monatlich zur Verfügung – in diese Gruppe fallen vor allem kleinere Kommunen. Nur jede zehnte Kommune stellt wöchentlich neue Daten bereit und lediglich vier Prozent – hauptsächlich Großstädte – tun dies täglich oder mehrmals täglich. Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass Daten bislang eher selten und zudem oft über bereits etablierte Kanäle, wie die eigene Website, zugänglich gemacht werden.

Daran schließt sich die Frage an, was notwendig ist, damit mehr Daten in den Kommunen öffentlich verfügbar gemacht werden. Rechnet man die beiden Antwortoptionen „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ zusammen, so wünschen sich Kommunen als Unterstützung für die Konzeption und Umsetzung von Open-Data-Konzepten am häufigsten praktische Handreichungen, gefolgt von finanzieller Förderung sowie einer stärkeren interkommunalen Zusammenarbeit (Abbildung 13). Etwas seltener genannt, aber trotzdem noch in über vier von fünf Kommunen gewünscht werden datenschutzrechtliche Beratung und Unterstützung, ein überregionales Datenportal sowie technische Unterstützung. Diese Ergebnisse stellen keine wesentliche Veränderung im Vergleich zur Befragung 2020 dar.

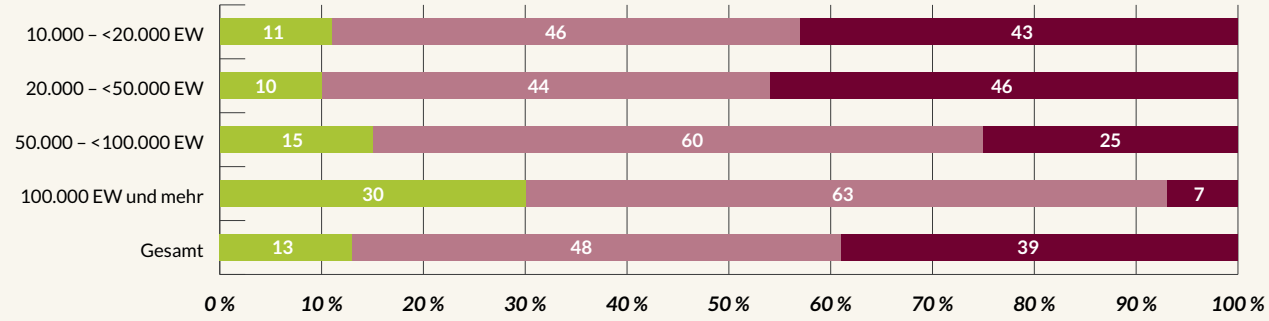
Die Unterstützungsbedarfe in den Städten variieren abhängig von der Größenklasse. In großen Kleinstädten werden praktische Handreichungen wie beispielsweise Leitfäden als deutlich wichtigere Unterstützung genannt als in Großstädten. In kleinen Mittelstädten wird ein überregionales Datenportal als deutlich wichtigere Unterstützung wahrgenommen als in großen Mittelstädten. Großstädte hingegen profitieren am ehesten von der interkommunalen Zusammenarbeit im Themenbereich Open Data.

6. Bedeutung offener Daten für die kommunale Entwicklung vor Ort

Daten leisten einen wichtigen Betrag zur Planung und Steuerung kommunaler Prozesse (Bertelsmann Stiftung 2022). Eine eigene Datenstrategie kann unter anderem Kriterien und Maßnahmen für die Bereitstellung von Daten im kommunalen Kontext bündeln (Stadt.Land.Digital 2022). Doch noch immer besitzen wenige Kommunen eine eigene Datenstrategie (Abbildung 14). Je größer eine Kommune ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie über eine eigene Datenstrategie verfügt.

Knapp die Hälfte aller befragten Kommunen gibt an, keine eigene Datenstrategie zu haben, das Thema Open Data aber in Leitbildprozessen mitzudenken. Nur etwa eine von zehn befragten Kommunen verfügt aktuell über eine Datenstrategie. Noch immer spielt demnach für viele Kommunen die konkrete Ausgestaltung einer Strategie keine Rolle, allerdings ist dies wesentlich häufiger in kleineren Kommunen der Fall.

ABBILDUNG 14 **Inwieweit ist der Umgang mit Daten Gegenstand Ihrer Strategie und Leitbildprozesse? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung, Abweichungen rundungsbedingt, N=246.

BertelsmannStiftung

7. Handlungsempfehlungen

Kommunen haben in den vergangenen zwei Jahren Fortschritte bei der Bereitstellung offener Daten gemacht, doch bei der Implementierung und Umsetzung in kommunale Strukturen bestehen immer noch teils große Hürden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich Kommunen dem Thema Open Data nun stärker nähern, doch neben einem stärker nachgefragten Wissensaufbau und -transfer sind mangelnde personelle und finanzielle Ressourcen insbesondere für kleinere Kommunen nach wie vor ein Hindernis.

Die Befragung zeigt darüber hinaus, dass sich Kommunen bei der Umsetzung von Open Data mit zwei Geschwindigkeiten bewegen: Größere Städte besitzen häufig einen strategischen Kompass und mehr Ressourcen. Kleinere Kommunen machen sich vermehrt auf den Weg, es mangelt aber an den notwendigen Kompetenzen und Ressourcen. Wenn diese unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der Umsetzung von Open Data in Kommunen nicht ausgeglichen werden, wird die Kluft künftig noch größer. Angebote zur Förderung von Open-Data-Maßnahmen sollten deshalb stärker auf die Größe der Kommunen zugeschnitten werden und eine bedarfsgerechte Förderung ermöglichen. Für Kommunen, Länder und den Bund ergeben sich daraus die folgenden Handlungsempfehlungen, die aufgrund der diesjährigen Ergebnisse und teils unveränderten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in wesentlichen Aspekten auf den Empfehlungen der Vorgängerstudie aufbauen.

Empfehlung 1: Klare Rechtsgrundlage für die Bereitstellung offener Daten schaffen.

Für Kommunen, die bereits offene Daten bereitstellen, war die Rechtsgrundlage ein wichtiger Treiber auf dem Weg zu Open Data. Auf der anderen Seite wird noch von vielen Kommunen ein fehlender gesetzlicher Auftrag zur Bereitstellung offener Daten als ein wichtiges Argument angeführt, keine offenen Daten anzubieten. Es herrscht also offenbar eine große Unkenntnis der aktuellen Gesetzesgrundlagen von Open Data. Bestehende Rechtsunsicherheiten sollten abgebaut werden. Die Politik sollte deshalb einerseits den Open-Data-Rechtsrahmen kommunizieren, in dem z. B. klarer wird, welche Auswirkungen Gesetze wie das Datennutzungsgesetz auf die verschiedenen staatlichen Ebenen haben. Andererseits sollten die Bundesländer einen geeigneten Rechtsrahmen für ihre Kommunen ausgestalten. Ohne klare gesetzliche Grundlagen wird die Datenverfügbarkeit auf kommunaler Ebene auf absehbare Zeit nicht entscheidend gesteigert werden.

Transparenz- und Open-Data-Gesetze der Bundesländer, die neben den Landesverwaltungen auch die kommunale Ebene einbeziehen, wären eine entscheidende Wende. Sollten die Länder ihre Kommunen zur Bereitstellung von Open Data verpflichten, dürfte das Konnexitätsprinzip greifen und die Länder könnten somit auch zur anteiligen Finanzierung verpflichtet werden. Viele Kommunen benötigen diese Investitionen in das kommunale IT-Know-how aber sowieso dringend. Insofern könnte eine Finanzierung für eine flächendeckende Bereitstellung offener Daten auch einen Beitrag leisten für eine moderne und zukunftsfähige IT in den Kommunen.

Empfehlung 2: Insbesondere finanzschwache und kleinere Kommunen unterstützen.

Open Data ist Teil eines fortschreitenden Digitalisierungsprozesses der öffentlichen Verwaltungen und mit Finanzierungsbedarf und Investitionsaufwand verbunden. Allerdings zeigen Befragungen, dass zwar die Mehrheit der Kommunen gerade beim Thema Digitalisierung einen hohen investiven Handlungsbedarf sieht, finanzschwache Kommunen im Durchschnitt aber deutlich niedrigere Investitionsausgaben für kommunale Digitalisierungsmaßnahmen vorsehen als andere (Krone und Scheller 2020). Fehlende Ressourcen sind ein häufig genanntes Hindernis bei der Bereitstellung von offenen Daten. Viele Kommunen benötigen finanzielle und personelle Unterstützung, um den notwendigen Umbau der IT und den Auf-

bau von Know-how vorantreiben zu können. Insofern ist es wichtig, Konnexitätsfragen bezüglich der Aufgabe Digitalisierung im Hinblick auf die Bereitstellung von Mitteln zum Aufbau von Open Data rechtsverbindlich zu klären. Insbesondere für finanzschwache Kommunen sollten Finanzierungsmodelle erarbeitet werden, die etwa eine Anschubfinanzierung durch die jeweilige Landesregierung vorsehen könnten. Die Bundesländer sollten zentrale, mit ausreichend Ressourcen hinterlegte Servicestellen einrichten, die Informations- und Beratungsangebote schaffen. Sie könnten bei Bedarf auch technisch unterstützen, z. B. indem ein Open-Data-Landesportal sich öffnet für die direkte Datenbereitstellung durch die Kommunen, sodass nicht jede Kommune ein eigenes Portal betreiben muss.

Es ist wichtig, sicherzustellen, dass alle Kommunen, auch unter angespannter Haushaltslage, über finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, den digitalen Wandel in der Verwaltung voranzutreiben. Die Folgen der Coronapandemie und des Ukraine-Krieges bergen die Gefahr, dass die Kommunen ihre Investitionen weiter zurückfahren, denn bei der Digitalisierung der Verwaltung handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, die – im Gegensatz zu Pflichtaufgaben, wie Sozialleistungen – aufgeschoben werden kann. Dadurch wird sich der Investitionsstau weiter vergrößern.

Förderungen im Rahmen von Digitalisierungsprogrammen, wie z. B. das große Smart-Cities-Förderprogramm[2] des Bundes, sollten die Notwendigkeit einer modernen Dateninfrastruktur deutlich stärker in den Fokus rücken.

Empfehlung 3: Open Data als Bestandteil einer modernen, digitalen Kommunalverwaltung etablieren.

Auch Kleinstädte sehen immer häufiger den Beitrag offener Daten zur Entwicklung vor Ort. Die Bereitstellung und Nutzung von offenen Daten ist ein wichtiger Bestandteil einer kommunalen digitalen Infrastruktur. Dies zeigt sich auch daran, dass die große Mehrheit der befragten Kommunen (84 Prozent) im vereinfachten Austausch zwischen Ämtern in einer Kommune einen Mehrwert offener Daten sieht.

Beim Aufbau dieser Strukturen und Kompetenzen nehmen Führungspersonen in der Verwaltung eine zentrale Position ein. Wenn die Bürgermeister:innen oder die obere Führungsebene das Thema unterstützen, hat es Chancen zu wachsen. Für die langfristige Verankerung in der Verwaltung ist politische Unterstützung essenziell. Auf Dauer sind Einzelpersonen, die z. B. in Person einer bzw. eines Open-Data-Verantwortlichen in ihrer Arbeit auf sich allein gestellt sind, überfordert. Die Stadtspitze sollte deshalb zeitnah in die Exploration, Konzeption, Planung und Umsetzung einer Datenstrategie eingebunden werden. Gemeinsam festgelegte Meilensteine helfen bei der Messung des Fortschritts und dem Feiern erster Erfolge bei der Umsetzung. Gleichzeitig machen sie den Mehrwert von Open Data deutlich.

Empfehlung 4: Kooperationen zwischen Kommunen und zwischen verschiedenen Stakeholdern innerhalb einer Kommune stärken.

Der interkommunale Austausch ist sowohl für größere als auch kleinere Kommunen von großer Bedeutung. Hier werden Erfahrungen geteilt und Netzwerke aufgebaut. Gerade in kleineren Kommunen gibt es häufig kaum Personen, die sich mit Open Data auskennen, sodass die Vernetzung mit Open-Data-Verantwortlichen aus anderen Kommunen sehr hilfreich ist. Der Austausch ist ebenfalls Grundlage für den Aufbau gemeinsamer Strukturen und Verbünde, bei denen Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte langfristig nutzbar gemacht werden. Diese Vorhaben können auch von Landkreisen angestoßen werden. Dabei kann der Aufbau gemeinsamer Datenräume für die effektive Nutzung zukünftiger interkommunaler Angebote, etwa bei der Mobilitätswende und dem Klimawandel, von essenzieller Bedeutung sein (Gessa und Sancha 2020).

2 Modellprojekte Smart Cities – Smart City Dialog (smart-city-dialog.de).

Offene Daten können in vielen Themenbereichen für Kommunen einen Mehrwert generieren, ob bei der Bereitstellung offener Verwaltungsdaten für die eigenen Mitarbeiter:innen, Daten zur Information von Bürger:innen oder der Veröffentlichung dynamischer Daten für die Schaffung innovativer Lösungen aus der Wirtschaft. Für die Bereitstellung sollten Kommunen den Dialog mit Nutzergruppen suchen und über Veranstaltungen mit Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft die Bedarfe der Zielgruppen feststellen und damit die Datenbereitstellung priorisieren. Die gemeinsame Ko-Kreation, etwa im Rahmen gemeinsamer Pilotprojekte oder sogenannter „Labs", sind bewährte Ansatzpunkte, um innovative Lösungen gemeinsam zu erarbeiten (Ruijer et al. 2018; Ruijer und Meijer 2020; Meijer und Potjer 2018; McBride et al. 2019).

8. Methodensteckbrief

Die Befragung ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Diese Studie baut auf den Erkenntnissen und der Methodik der ersten kommunalen Befragung zur Bereitstellung von Open Data aus dem Jahr 2020 auf. Ziel der beiden Umfragen ist es, bundesweit und umfassend Einschätzungen der Städte und Gemeinden zu Open Data abzubilden.

Die Umfrage richtete sich daher nicht nur an (Groß) Städte, sondern bezog alle Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner:innen ein. Insgesamt wurden 1.600 Städte postalisch kontaktiert und zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Die Adressen der angeschriebenen Verwaltungen wurden aus dem öffentlich zugänglichen Anschriftenverzeichnis der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bezogen. Mit dem postalischen Anschreiben wurde ein Link zum Onlinefragebogen versandt.

Der Fragebogen der Vorgängerbefragung 2020 wurde unter Einbeziehung von Open-Data-Akteur:innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft entwickelt und vorab mit drei kommunalen Vertreter:innen getestet. Er umfasste 19 Fragen. Der Fragebogen für die erneute Befragung im Jahr 2022 wurde lediglich leicht modifiziert. Es wurde beispielsweise eine Frage zum Mehrwert offener Daten für die Lösung spezifischer Herausausforderungen ergänzt. Der Befragungszeitraum umfasste fünf Wochen im April und Mai 2022. Der Rücklauf der Befragung lag bei 22 Prozent und umfasste insgesamt 345 Antworten aus den befragten Städten (Tabelle 1).

Die Besonderheit der vorliegenden Umfrage im Vergleich zu anderen Städtebefragungen ist, dass auch kleine Kommunen erfasst wurden. 2020 war der Rücklauf in der Klasse der großen Kleinstädte

TABELLE 1 **Rücklauf nach Stadtgrößenklasse**

	2020		2022	
Stadtgrößenklasse	**Zahl der Rückläufe**	**In Prozent der Stichprobe**	**Zahl der Rückläufe***	**In Prozent der Stichprobe**
10.000 bis <20.000 EW	41	9 %	165	18 %
20.000 bis <50.000 EW	75	15 %	95	19 %
50.000 bis <100.000 EW	43	39 %	33	25 %
100.000 EW und mehr	54	68 %	36	45 %
Gesamt	**212**	**19 %**	**345**	**22 %**

* 16 teilnehmende Kommunen haben keine Angabe zur Einwohnerzahl gemacht.
Quelle: eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

(10.000 – 20.000 EW) geringer als in den anderen Größenklassen. Im Vergleich zu der 2020er Befragung ergibt sich beim Rücklauf der 2022er Befragung allerdings ein komplett anderes Bild. Große Kleinstädte sind dieses Mal deutlich stärker vertreten. Dagegen machen große Mittelstädte und Großstädte einen klar geringeren Anteil aus als 2020. Die Ursache liegt darin begründet, dass in der Befragung des Jahres 2022 alle deutschen Städte zwischen 10.000 und 20.000 Einwohner:innen angeschrieben wurden, wohingegen in der Vorgängerstudie des Jahres 2020 lediglich die (zufällig ausgewählte) Hälfte der Kommunen in dieser Größenklasse zur Teilnahme aufgefordert wurde. Die Ausweitung der Bruttostichprobe erfolgte, um die Validität der Aussagen gerade für kleinere Städte zu erhöhen. Beim Vergleich der Ergebnisse von 2020 und 2022 muss dies jedoch entsprechend berücksichtigt werden.

Die Angaben der Befragung zeichnen zwar kein repräsentatives Bild von der Situation in den Kommunen, lassen aber aufgrund der hohen Beteiligung über alle Größenklassen hinweg belastbare Aussagen zu Open Data in deutschen Städten zu. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die an dieser Befragung beteiligten Kommunen bereits überdurchschnittlich häufig Verantwortlichkeiten zum Umgang mit Daten definiert haben und insgesamt schon bei der Umsetzung von Open Data weiter fortgeschritten sind als solche, die nicht mitgewirkt haben.

9. Bereitstellung der Umfrageergebnisse als Open Data

Die in der Publikation dargestellten Zahlen sind eine bewusste und limitierte Auswahl an Ergebnissen, die im Zuge der Auswertung als besonders relevant befunden wurden. Um gezielt einer Unterauswertung der vorliegenden Daten entgegenzuwirken und unserem eigenen Anspruch als gemeinnützige Organisation gerecht zu werden, stehen die gesamten Umfrageergebnisse als Open Data zur Verfügung. Die Bertelsmann Stiftung und das Deutsche Institut für Urbanistik möchten hierdurch andere Forscher:innen dazu befähigen, die Daten für eigene Fragestellungen (bspw. für Bachelor-, Master-, Doktorarbeiten oder sonstige Forschungsprojekte) zu verwerten.

Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung (2022). Typisch Stadt, typisch Land? Analysen und Perspektiven für Kommunen im demografischen Wandel. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung, GovData, Open Knowledge Foundation und Open.NRW (2022). Musterdatenkatalog für Kommunen: Welche offenen Daten werden von Kommunen in Deutschland veröffentlicht? https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/musterdatenkatalog (Download 30.9.2022).

Braun, Andreas, Phillip Nguyen und Dennis Frieß (2022). Open-was...!? Einstellungen zu Open Data und Open Government am Niederrhein. Hrsg. Institut for Internet and Democracy. https://diid.hhu.de/wp-content/uploads/2022/06/Precis_Friess_fin2-1.pdf (Download 30.9.2022).

Bundesregierung (2021). Mehr Fortschritt wagen. Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit: Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800 (Download 30.9.2022).

Bürger, Tobias, und Annegret Hoch (2020). Open Data in Kommunen. Eine Kommunalbefragung zu Chancen und Herausforderungen der Bereitstellung offener Daten. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

European Data Portal (2021). Open Data Maturity Report 2021. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Gessa, Ana, und Pilar Sancha (2020). „Environmental Open Data in Urban Platforms: An Approach to the Big Data Life Cycle. An Approach to the Big Data Life Cycle". Journal of Urban Technology (27) 1. 27–45. DOI: 10.1080/10630732.2019.1656934.

International Open Data Charter (2015). International Open Data Charter. Report. Luxembourg: Publications Office of the European Union. https://opendatacharter.net/wp-content/uploads/2015/10/opendatacharter-charter_F.pdf (Download 30.9.2020).

Krabina, Bernhard (2020). Ein Leitfaden für offene Daten. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart_Country/Open_Data_Leitfaden.pdf Download 30.9.2022).

Krone, Elisabeth, und Henrik Scheller (2020). KfW-Kommunalpanel 2020. Hrsg. KfW Bankengruppe. Frankfurt am Main. https://difu.de/sites/default/files/media_files/2020-06/KfW-Kommunalpanel%202020_0.pdf (Download 30.9.2020).

Ksoll, Wolfgang, Thomas Schildhauer und Annalies Beck (2017). Open Data – Wertschöpfung im digitalen Zeitalter. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Lassinantti, Josefin, Anna Ståhlbröst und Mari Runardotter (2019). „Relevant social groups for open data use and engagement". Government Information Quarterly (36) 1. 98–111. DOI: 10.1016/j.giq.2018.11.001.

Laumer, Ralf (2021). Kommunales Open Government. Grundlagen, Praxis, Perspektiven. Unter Mitarbeit von Kirsten Fründt. 1. Auflage. Marburg. https://www.buechner-verlag.de/buch/kommunales-open-government/ (Download 30.9.2020).

McBride, Keegan, Gerli Aavik, Maarja Toots, Tarmo Kalvet und Robert Krimmer (2019). „How does open government data driven co-creation occur? Six factors and a 'perfect storm'; insights from Chicago's food inspection forecasting model". Government Information Quarterly (36) 1. 88–97. DOI: 10.1016/j.giq.2018.11.006.

Meijer, Albert, und Suzanne Potjer (2018). „Citizen-generated open data. An explorative analysis of 25 cases". Government Information Quarterly (35) 4. 613–621.

Ruijer, Erna, Stephan Grimmelikhuijsen, Jochem van den Berg und Albert Meijer (2018). „Open data work. Understanding open data usage from a practice lens". International Review of Administrative Sciences (86) 1. 3–19. DOI: 10.1177/0020852317753068.

Ruijer, Erna, und Albert Meijer (2020). „Open Government Data as an Innovation Process. Lessons from a Living Lab Experiment". Public Performance & Management Review. 614–635. DOI: 10.1080/15309576.2019.1568884.

Stadt.Land.Digital (Hrsg.) (2022). „Kommunale Herausforderungen digital meistern. Repräsentative Kommunalstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.". Bad Honnef. https://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Publikation/stadt-land-digital-kommunale-herausforderungen-digital-meistern.pdf (Download 30.9.2020).

Wang, Hui-Ju; Lo, Jin (2016): Adoption of open government data among government agencies. In: Government Information Quarterly 33 (1), S. 80–88. DOI: 10.1016/j.giq.2015.11.004 (Download 30.9.2020).

Weerakkody, Vishanth, Kawaljeet Kapoor, Maria Elisavet Balta, Zahir Irani und Yogesh K. Dwivedi (2017). „Factors influencing user acceptance of public sector big open data". Production Planning & Control (28) 11–12. 891–905. DOI: 10.1080/09537287.2017.1336802.

Wenige, Lisa, Claus Stadler, Michael Martin, Richard Figura, Robert Sauter und Christopher W. Frank (2021). „Open Data and the Status Quo—A Fine-Grained Evaluation Framework for Open Data Quality and an Analysis of Open Data portals in Germany". http://arxiv.org/pdf/2106.09590v1 (Download 30.9.2022).

Mission

„Analysen und Konzepte“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „LebensWerte Kommune“. Das Programm widmet sich den drei großen gesellschaftlichen Herausforderungen auf kommunaler Ebene: dem demographischen Wandel in seinen Ausprägungen und Auswirkungen auf alle Politikfelder, der zunehmenden sozialen Spaltung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, sowie der Haushaltskrise, die sich regional vertieft und kommunales Agieren behindert. „Analysen und Konzepte“ soll Ergebnisse der Stiftungsarbeit zu diesen Themen praxisgerecht vermitteln und den Entscheidungsträgern relevante Informationen zur Verfügung stellen.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Bertelsmann Stiftung tritt ein für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, da auf kommunaler Ebene gesellschaftlichen Herausforderungen am wirkungsvollsten begegnet werden kann. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Ausblick

Nr. 5 | 2022

Auf dem Weg zu krisenfesten Vielfaltsstrategien?

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik.

Die Coronapandemie und der Krieg in der Ukraine sind zwei von vielen Krisen, die die Integrationspolitik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Kommunen aktuell auf eine harte Belastungsprobe stellen. Doch manchmal hilft ein Blick in die Vergangenheit dabei, sich für die Zukunft besser aufzustellen.

Unser Rückblick erfolgt ausgehend vom bundesweiten Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“, den das Bundesministerium des Innern und die Bertelsmann Stiftung 2004/2005 durchgeführt haben. Anhand der vier damaligen Preisträgerkommunen sowie zweier zusätzlicher Fallstudien widmen wir uns den folgenden Fragen:

Wie hat sich die kommunale Integrations- und Vielfaltsarbeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten verändert? Welche Schwerpunkte wurden jeweils gesetzt? Was können wir aus den gesammelten Erfahrungen lernen, um Integrations- und Vielfaltspolitik vor Ort zukunftsorientiert aufzustellen?

Mit unseren Ergebnissen möchten wir Wege aufzeigen, wie Kommunen sich besser für die Zukunft aufstellen und in ihrer Integrationspolitik krisenfest werden können.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung 2022
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Dr. Tobias Bürger

Autoren
Dr. Tobias Bürger, Bertelsmann Stiftung
Mario Wiedemann, Bertelsmann Stiftung
Christian Raffer, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Ein besonderer Dank geht an Tom Kiehn, der die Befragung als studentischer Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik unterstützt hat.

Korrektur
Rudolf Jan Gajdacz, München

Grafikdesign
Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweis
© Getty Images/iStockphoto/Leonardo Patrizi

Der *Text* und die *Grafiken* dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de

Das eingebundene *Titelfoto* ist ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfällt aber nicht der genannten CC-Lizenz und darf nicht verwendet werden.

Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2022). Kommunalbefragung Open Data 2022. Gütersloh.

ISSN 2199-7969
DOI 10.11586/2022137

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Tobias Bürger
Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81832
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

BertelsmannStiftung